



Kindern eine Chance

SPD – Bundestagskandidat
Dr. Wolfgang Rössmann
spricht sich für die Förderung
von Kindern aus benachteilig-
ten Familien aus.



Projekt „Soziale Stadt“ weiterentwickeln

Der SPD-Bundestagskandidat im Wahlkreis 209 (Neustadt – Speyer), Dr. Wolfgang Ressmann, hat sich für eine nachhaltige Gemeinschaftsinitiative von Bund, Ländern und Gemeinden zur Förderung von Kindern aus benachteiligten gesellschaftlichen Schichten ausgesprochen. Über 2,5 Millionen Kinder lebten derzeit in der Bundesrepublik in armen Familien, nachgewiesenermaßen ohne Chancen auf einen sozialen und bildungsmäßigen Aufstieg.

Im Gegensatz zu Deutschland spielen zum Beispiel durch gezielte Fördermaßnahmen in Dänemark die soziale Herkunft keine Rolle, um qualifizierte Bildungsabschlüsse zu erreichen. Um den absehbaren Mangel an Fach- und Führungskräften durch die demografische Entwicklung in der Bundesrepublik zu beseitigen, genüge es nicht, lediglich die Rahmenbedingungen für einkommensstärkere, vorwiegend akademisch gebildete Familien zu verbessern. Vielmehr sei auch eine Förderoffensive der Kommunen, der Länder und des Bundes für Kinder aus ärmeren Familien nötig. Dies erklärte der SPD-Bundestagskandidat im Wahlkreis 209, Dr. Wolfgang Ressmann.

Es sei widersinnig, strukturell auf das Entwicklungs- und Leistungspotenzial von Kindern



Kandidiert für die SPD für den Bundestag – Dr Wolfgang Ressmann (li. Hier mit Franz Müntefering).

Foto: privat

aus benachteiligten Familien zu verzichten und diese über Generationen hinweg zu Empfängern staatlicher Transferleistungen zu machen. Vielmehr gelte es, ein Netz früh einsetzender Betreuungsstrukturen vor Ort zu schaffen, das sowohl den Kindern eine optimale Entwicklung garantiere als auch den Eltern helfe, ihrer Erziehungsaufgabe gerecht zu werden. Es sei daher erforderlich, nach dem Grundsatz

„Bildung von Anfang an“ vor Ort verpflichtende, kostenlose Vorschulangebote mit fachhochschulqualifizierten Erzieherinnen einzuführen, die ihre Fortsetzung in einer Ganztagschulförderung finden müssten.

Um ein derartige Qualifizierungsoffensive durchzuführen, seien koordinierte Bund-Länder-Anstrengungen erforderlich, damit die Kommunen in der Lage seien, die entsprechenden

Maßnahmen zu finanzieren. Die Schaffung einer entsprechenden betreuenden Infrastruktur biete sich im Kontext der erfolgreichen Projekte „soziale Stadt“ an, das zum Beispiel in Neustadt aa den Weinstraße sehr erfolgreich umgesetzt werde.

Ressmann stützt seine Forderungen auf jüngste Forschungsergebnisse der Gießener Familienwissenschaftlerin Prof. Dr. Uta Meier-Gräwe, die die Not-

wendigkeit zur Schaffung einer derartigen Betreuungsstruktur eindrucksvoll wissenschaftlich belege. Es gelte, aus den wissenschaftlichen Erkenntnissen politische Konsequenzen zu ziehen und gerade in Zeiten staatlicher Konjunkturprogramme nicht nur in Banken, Bau und Autos, sondern auch in Menschen zu investieren, forderte der SPD-Bundestagskandidat.